

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger

Wichtigster Lesenswertes nachmittags. Besondere wertvoll im Voraus 1923. Frei und sonst. Die Hauptgeschäftsstunden betragen für die Geschäftsleute so gilt es aber keine Mühen zu sparen, um den Kundendienst zu gewährleisten. Hauptgeschäftszeit und Hauptverkehrszeit ist die Zeit der Mittagpause. Hauptgeschäftszeit ist die Zeit der Mittagpause.

Bei Anzeigen, Postämtern, Bergwerken usw. wird der Anzeigebetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — wegen sonstiger irgend welcher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Druckerei oder der Postvermittlungsanstalten — hat der Abonnent keinen Anspruch auf Verzinsung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Abschaltung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten
Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Gattengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gumbach, Bernsdorf, Aischdorf, Langenberg, Weinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichensbach, Stenkeberg, Gumbach, Tirschtowitz, Fährschappel, St. Egidien, Wägenbrand, Orna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Kusdorf.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortsgemeinden.
Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.
Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch.

Nr. 253 | Bankkonto: Chemnitzer Bauverein, Chemnitz. Postfach-Konto: Leipzig 23464. | **Sonntagabend, den 28. Oktober 1922.** | Gemeindefinanz-Konto Nr. 14. Fernsprecher Nr. 11. | **72. Jahrg.**

Der Achtstundentag: der springende Punkt in den Berliner Verhandlungen.

Wer die Verhandlungen am Donnerstag zwischen der Reichsregierung den Führern der neuen Arbeitsgemeinschaft und der Mehrheitssozialisten mit kritischem Auge betrachtet, kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß unter dem Einfluß unserer dauernd wachsenden Notlage sich neue Dinge vorbereiten, die nicht nur für die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands, sondern auch für seine Beziehungen nach außerhalb von weitesttragender Bedeutung sein müssen. Schon vor einigen Tagen konnten wir melden, daß man nunmehr selbst in den leitenden Regierungskreisen zu der reichlich späten Erkenntnis gekommen ist, daß mit unserer Erfüllungspolitik unbedingt ein Ende gemacht werden muß. Die Gegenläufe unter den Reichstagsfraktionen und die Unzufriedenheit mit der ganzen Art und Weise, wie unsere Reichsgeschäfte geführt werden, nehmen von Tag zu Tag zu. Die Haltung der Vereinigten Sozialdemokraten ist ganz anders geworden, seitdem ihnen die geschlossene bürgerliche Arbeitsgemeinschaft gegenübersteht. Die Stimmen im sozialistischen Lager mehren sich, die darauf hinarbeiten, vor der Hand aus der Koalition auszuscheiden, um zunächst einem neuen Kabinett Raum zu geben. Der Grund für diese Haltung ist unklar, aber man sieht, daß man bei den Sozialisten mehr und mehr zu der Überzeugung kommt, daß die Innehaltung des Achtstundentages auf die Dauer nicht mehr möglich erscheint. Damit würde eine der Grundfragen fallen, die die Sozialdemokratie nach 50jähriger Agitationsperiode für ihre Anhängererschaft aus dem Trümmerhaufen des verlorenen Krieges zu retten wußte. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte hat die erhöhte Arbeitsleistung als einziges Mittel, um Deutschland wieder gesunden zu lassen, stark in den Vordergrund geschoben. Das „positive Programm“ der Sozialisten dagegen stellt Forderungen auf, die so unerfüllbar sind, daß man fast den Eindruck gewinnt, als ob sie mit Absicht so formuliert wurden, damit sie eine Ablehnung erfahren müßten und damit ihnen die Möglichkeit gegeben würde, mit Anstand aus der jetzigen Regierung auszuscheiden. Der „Vorwärts“ allerdings stellt die Dinge so dar, als ob man aus Übermut der Bürgerlichen die Sozialdemokraten aus dem Staatsstift ausbooten wolle.

Wie überall, so werden auch hier wieder einmal die Dinge, gesehen durch die Parteilinse, verzerrt und entstellt. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft denkt gänzlich daran, ihre Frontbildung dazu auszunutzen, die Sozialdemokraten hinauszuverdrängen. So wie die Verhältnisse heutzutage in Deutschland liegen, ist es eine völlige Unmöglichkeit, daß bestimmte Gruppen gegen einen großen und wichtigen Stand, nämlich den der Arbeiter, regieren. Nur ein Zusammengehen aller kann uns die feste Grundlage schaffen, auf der das neue Deutschland aufgebaut werden soll. Wohl aber wendet sich die Arbeitsgemeinschaft mit Entschiedenheit dagegen, daß die sozialistische Partei dem Kabinett mit Gewalt eine Politik aufzudrängen versucht, die wieder für das Bürgertum als unannehmbar anzusehen ist. Der Reichskanzler, der sich besonders im letzten halben Jahre ganz links einstellte, hat selbst auf dieser Seite an Vertrauen stark eingebüßt.

Die neuen unerhörten Forderungen der Elemente bezüglich unserer Kohlenleistung stellen nunmehr das Reichskabinett, zumal aber dem Kanzler selbst, vor die nicht zu umgehende Alternative, entweder weiter zu erfüllen und uns völlig zu ruinieren, oder aber mit der Erfüllungspolitik ein Ende zu machen. Wenn auch im Augenblick das Eintreffen des Reparationsausschusses eine Regierungskrise noch verhindert, so erscheint es doch, wie heute den „Leipz. N. Nachr.“ von seinem Berliner Berichterstatter gemeldet wird, nach den neuesten Symptomen zweifellos, daß mit dem Wiederzusammentritt des Parlaments die große Streitfrage ausgetragen werden wird, auf welchem Boden sich die Regierung künftig zu stellen beabsichtigt.

Nervös und verärgert wehrt sich der „Vorwärts“ in seiner Freitag-Abendausgabe gegen die verschiedenen Wahrheiten, die von der bürgerlichen Presse den Vereinigten Sozialisten wegen ihrer Taktik gesagt werden. Er schreibt: „Die Sozialdemokratie will nichts anderes, als ein

rasches und entschiedenes Eingreifen der Regierung zur Abwehr der drohenden Katastrophe. Politische Konsequenzen konnten sich erst dann ergeben, wenn sich herausstellen sollte, daß dieses ihr Bestreben auf unüberwindliche Hindernisse stößt.“
Als ob das „positive Programm“ Hilferdings geeignet wäre, uns aus dem Sumpf zu retten, in dem wir versinken. Ohne Nachgiebigkeit auf Seiten der Sozialdemokraten ist eine Lösung der Krise undenkbar.

Die Lohnverhandlungen im Bergbau.

Wie man uns aus bergbauähnlichen Kreisen schreibt, hatten die Bergarbeiter durch ihre Organisationen bei der Nachgruppe Bergbau in Berlin Forderungen auf Erhöhung der Löhne ab 1. November gestellt, die lediglich als sehr erheblich bezeichnet wurden, ohne näher formuliert zu sein. Während der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, die am Montag, den 23. Oktober, in Berlin begannen, stellten sie die Forderung auf eine Erhöhung des Leistungslohnes um 100 Prozent sowie nebenher auf eine Verdoppelung der sozialen Zulagen (Kindergeld und Hausstandsgeld), und zwar rückwirkend ab 16. Oktober 1922. Da die Erfüllung dieser Forderung eine enorme, ganz unentbehrliche Kohlenpreiserhöhung (wiederrum eine Verdoppelung bis Verdreifachung) bedeutet hätte und der Verlauf der Teuerung nach den Feststellungen, die unter Mitwirkung des reichsstaatsistischen Amtes erfolgten, nur etwa 40—50 Prozent Lohnerhöhung gerechtfertigt hätte, konnten die Arbeitgeber sich hierzu keinesfalls entschließen. Die Verhandlungen mußten deshalb unterbrochen und für Mittwoch, den 25. Oktober ein Schiedsgericht für den Ruhrbergbau angesetzt werden.

Das Schiedsgericht fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Mühlendorf statt und brachte eine starke Abmilderung der Lohnveränderung nach dem Lebensalter. Den über 20jährigen wurden 50 Prozent, den 18- bis 20jährigen 40 Prozent und den unter 18jährigen 30 Prozent des Oktoberlohnes ab 1. November zugesagt. Die Forderung auf Rückwirkung der Lohnveränderung ab 16. Oktober hat das Schiedsgericht abgelehnt. Der Schiedsspruch sieht fernerhin eine Kollektivprämie vor, dergestalt, daß für jedes festgestellte Kilogramm Mehrleistung je Kopf und Schicht im November gegen September eine nachträgliche Schichtlohnerhöhung von 1 Mark je Kopf und Schicht eintreten soll. Diese Prämie hat der Schiedsrichter hauptsächlich deshalb für notwendig gehalten, weil das Ergebnis der Ueberführungen in Westfalen gänzlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, wobei eine gewisse passive Resistenz mitgewirkt hat. Es haben sich an den Arbeitsstellen unter Tage vielerorts Blicke mit den Worten: „Schont Eure Knochen in der 8. Stunde!“ gefunden. Die Lohnveränderung durch die 8. Stunde ist also in Westfalen im wesentlichen ohne entsprechende Gegenleistung in der Förderung geblieben, wodurch die Werte und die Allgemeinheit schwer geschädigt worden sind.

Im Anschluß an diesen Schiedsspruch für Westfalen fanden am Donnerstag, den 26. Oktober, Verhandlungen für die übrigen Steinkohleneviere und die Mitteldeutsche Braunkohle statt. Für die sächsische Steinkohle ergab sich durch Schiedsspruch ab 1. November eine Lohnveränderung von 340 Mark je Kopf und Schicht, in welchem Betrag die Verdoppelung der sozialen Zulagen (Kindergeld und Hausstandsgeld) begriffen ist. Bei den Schiedsgerichtsverhandlungen mußte seitens der Schiedsrichter die Tatsache berücksichtigt werden, daß inzwischen in Sachsen das Ueberschichtenabkommen gekündigt worden ist, die Bergarbeiter also hiermit gewissermaßen zum Ausdruck bringen, daß sie einen Mehrverdienst durch Mehrleistung zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung augenblicklich nicht bedürfen.

Das „Attentat“ auf Wirth.

Die Untersuchung wegen der Drohbriefe an den Reichskanzler ist auf dem toten Punkt angelangt. Der Hauptbelastungszeuge Schulz hat inzwischen keine Angaben, denen die politische Polizei von Anfang an zurückhaltend gegenüberstand, vollständig widerrufen. Übrigens war Schulz schon 14 Tage in Haft, bevor durch Reichstagspräsident Lobe im Reichstag die sensationelle Erklärung über Mordpläne auf den Kanzler gemacht wurden. Schulz hatte sich selbst vor jetzt 3 Wochen bei einer

Polizeibehörde in Westfalen gemeldet mit der Angabe, er wolle nach Berlin reisen, um den Kanzler zu erschließen. Diese beweislose Behauptung führte dann zu der großen Staatsaktion, in die auch der Oberreichsanwalt eingreifen mußte. Die von Schulz beschuldigten Personen haben nach genauen Ermittlungen der Polizei mit einem solchen Plane nichts zu tun gehabt. Es bleiben nur die Drohbriefe übrig, die Herr Dr. Wirth seit dem Tode Rathenaus, wie auch die übrigen Minister, erhielten.

Wie nun neuerdings mitgeteilt wird, wurden in den Morgenstunden des Freitag vom Polizeipräsidium in und in der Nähe der Reichskanzlei besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Diese seien veranlaßt worden durch Anzeigen, welche von einem neuen Attentatsplan gegen den Reichskanzler sprechen. Die sofort eingeleiteten polizeilichen Nachforschungen ergaben zwar bisher noch keinen positiven Anhaltspunkt, die Behörde hat es jedoch für ihre Pflicht gehalten, besondere Maßnahmen zum Schutze des Reichskanzlers zu treffen, um allen Eventualitäten vorzubeugen.

Es muß gewiß auffallen, daß die neuen Attentatsversuche in dem Augenblick auftauchen, in dem die Behauptungen über den ersten Attentatsplan sich als frevelhafter Schwindel herausstellen. Den Leuten, die ein Interesse daran haben das Volk nicht zur Ruhe kommen zu lassen, gebührt eine empfindliche Züchtigung von Rechts wegen.

Wie es heißt, ist der sozialistische Kriminaloberkommissar Boxler aus Stuttgart zum Leiter der in der Reichskanzlei eingerichteten Schutzwache für den Reichspräsidenten und den Reichskanzler und die Reichsminister ernannt worden. Die Schutzwache besteht aus ca. fünfzig Kriminalbeamten, die die dauernde Begleitung der Minister in der Öffentlichkeit zu übernehmen haben.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 27. Oktober 1922.

Wettervoraussage für morgen:

Heiter, kalt, trocknen, östliche Winde.

Temperatur am 28. Oktober:

Minimum -4,0, 12 Uhr +3,0, Maximum +3,3

Zum 20. Sonntage n. Trin.

„Herr, laß ihn noch dies Jahr, daß ich um ihn grabe, und bedinge ihn; ob er wollte Frucht bringen; wo nicht, so haue ihn darnach ab.“ Es ist ein Wort voll großer Gnade, das der Weingärtner hier spricht. Der Herr hat dreimal vergeblich an dem Feigenbaum Frucht gesucht; ein unfruchtbarer Feigenbaum aber hindert nur das Land. Gilt solches nicht auch von unserm Volke? Gilt nicht auch von dir? Aber unser Heiland gibt keinen auf; auch uns nicht. Noch einmal will er den Boden umgraben; die schwere Trübsalszeit, alle die Erschütterungen, die jetzt über uns kommen, sollen das Herz empfänglich machen für Gottes Wort. Und noch einmal will uns der Herr Nahrung zuführen. Laut und mächtig wird allorts sein Wort verkündigt; die Evangelisation, die unserer lieben Gemeinde bevorsteht, soll diesen Dienst besonders nachdrücklich tun. Ob er wollte Frucht bringen: mehr kann der Herr aber nicht tun. Hilft auch das nicht — ja, dann gilt das sehr ernste Wort: wo nicht, so haue ihn darnach ab! Dann muß das Gericht vollzogen werden. Schon liegt die Art unserm Volke an der Wurzel; soll der Streich geführt werden? Wollen wir bis dahin kommen lassen? So wollen wir zur rechten Zeit umkehren, daß wir unsere Seele erretten!

In der Fabrik der Firma Theodor Stiegler ist im vergangener Nacht ein schwerer Einbruchsdiebstahl verübt worden, wobei dem Täter 60 Pfund 70/2 mercer. Flor, 70 Pfund 100/2 mercer. Flor, 20 Pfund 40/2 mercer. Flor und 10 Pfund 40/2 roher Flor in die Hände gefallen sind. Die Täter haben sich dadurch Eingang verschafft, daß sie das Gitter eines Fensters des Lagerraumes herauswühlten und nach Zerschlagen der Scheiben eingestiegen sind. Der Wert der gestohlenen Waren ist ein sehr beträchtlicher. Für Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10000 Mark zugesichert. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Gendarmereistelle, hier, Rathaus Zimmer 30, entgegen.